

Hauptausschuss

Protokoll Nr. HA/11/2024

über die öffentliche Sitzung
des Hauptausschusses am 09.12.2024,
Ahrensburg, Peter-Rantzau-Haus, Manfred-Samusch-Str. 9, Saal

Beginn öffentlicher Teil 19:30 Uhr
Ende der öffentlichen Sitzung 21:57 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Detlef Levenhagen

Stadtverordnete/r

Herr Dr. Bernd Buchholz
Herr Peter Egan
Herr Stefan Gertz
Frau Nadine Levenhagen
Herr Béla Randschau
Herr Wolfdietrich Siller

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Frau Jule Niehus	Kinder- und Jugendbeirat
Frau Emma Bley	Kinder- und Jugendbeirat
Herr Benjamin Stukenberg	Bürgervorsteher
Herr Arthur Klaus Korte	stellv. Bürgermeister
Herr Hans-Gerhard Stülb	Seniorenbeirat

Verwaltung

Herr Eckart Boege	Bürgermeister
Herr Marcel Grindel	FBL I
Herr Stephan Lentz	FBL II
Frau Meike Niemann	RPA
Frau Jasna Makdissi	GB
Herr Fabian Dorow	Stabsstelle
Frau Peggy Ehrig	Protokollführerin

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

Ö f f e n t l i c h e r T e i l

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Einwohnerfragestunde
4. Festsetzung der Tagesordnung
5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. HA/10/2024 vom 18.11.2024
6. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 6.1. Berichte gem. § 45 c GO
 - 6.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 6.2.1. Allgemeiner Bericht
 - 6.2.2. Prüfungsmitteilung des LRH - Ergebnis der Querschnittsprüfung „Stand der Einführung des kommunalen Beteiligungsmanagements nach § 109 a GO
 - 6.2.3. Plakatwerbung für die Bundestagswahl
 - 6.2.4. Ausschlussstatbestände der Nichtöffentlichkeit bei Beratung von Tagesordnungspunkten
 - 6.2.5. Zwischenstand Digitalisierung
7. Vorbereitung der Stadtverordnetenversammlung am 16.12.2024
8. Gebührensatzung für die die Inanspruchnahme der Freiwilligen Feuerwehren der Stadt Ahrensburg (Feuerwehrgebührensatzung) **2024/112**
9. Kommunale Wärmeplanung Ahrensburg **2024/104**
10. Organisations- und Stellenangelegenheit - Einrichtung Stabsstelle Digitalisierung **2024/110**
11. Aufhebung des Sperrvermerkes Stelle Nr.236/2024, Klimaschutzmanager/in **2024/093**
12. Überplanmäßige Aufwendung auf PSK 11115.5271000 mit **2024/100**

Deckungsvorschlag

- | | | |
|-------|-------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------|
| 13. | Überprüfung möglicher Maßnahmen zur Konsolidierung des städtischen Haushalts 2025 | 2024/069/1 |
| 14. | Erlass der Haushaltssatzung 2025
- Beschlussfassung über den Stellenplan 2025 | 2024/085 |
| 15. | Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2025 | 2024/105 |
| 16. | Feststellung des Jahresabschlusses der Stadtwerke Ahrensburg GmbH zum 31.12.2023 | 2024/106 |
| 17. | Kenntnisnahme des Jahresabschlusses der badlantic Betriebsgesellschaft mbH zum 31.12.2023 | 2024/107 |
| 18. | Anfragen, Anregungen, Hinweise | |
| 18.1. | Bericht zum Katastrophenschutz | |
| 18.2. | Vorstellung der Gesundheitsmanagerin | |
| 19. | Verfahren der Aufstellung eines Flächennutzungsplanes (FNP) | |

Ö f f e n t l i c h e r T e i l

1. **Begrüßung und Eröffnung der Sitzung**

Der Vorsitzende des Hauptausschusses, Herr Levenhagen von der CDU-Fraktion, begrüßt alle Anwesenden. Er eröffnet die Sitzung um 19.30 Uhr.

2. **Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit fest.

3. **Einwohnerfragestunde**

Herr Fleischer fragt, ob die Bürgermeisterkette vom Ahrensburger Schützenverein noch existent ist.

Bürgermeister Boege sagt hierzu eine schriftliche Antwort zu.

Herr Fleischer merkt an, dass er es nett findet, dass Antwortschreiben auf Einwohneranfragen direkt mit der Unterschrift des Bürgermeisters beantwortet werden. Er regt an, hierbei für eventuelle Rückfragen auch die Kontaktdaten der jeweils zuständigen Sachbearbeiter anzugeben.

Bürgermeister Boege nimmt die Anregung auf.

Herr Fleischer geht darauf ein, dass der Wochenmarktbeirat nicht öffentlich tagt. Er fragt, ob es sich hierbei um einen Beirat nach § 47d der Gemeindeordnung (GO) handelt.

Bürgermeister Boege antwortet, dass Herr Fleischer hierzu eine schriftliche Antwort erhält.

Herr Fleischer merkt zum Tagesordnungspunkt 10 an, dass die Stelle bisher bei I.6 angesiedelt war und er die Begründung für die Umorganisation in die Stabsstelle als nicht ausreichend empfindet.

Bürgermeister Boege sagt zu, im Rahmen von Tagesordnungspunkt 10, auf diese Anmerkung einzugehen und die Begründung zu erläutern.

Herr Fleischer fragt, zum Tagesordnungspunkt 12, wozu die Alarmsoftware bzw. das Alarmsystem eingesetzt werden soll.

Bürgermeister Boege antwortet, dass es sich hierbei um ein Alarmsystem zum Schutz der Mitarbeiter/innen handelt.

Herr Fleischer merkt an, dass man, mit Blick auf den Jahresabschluss der Stadtwerke (3,1 Millionen Euro Gewinnrücklagen), die Gas- und/oder Strompreise senken könnte.

Bürgermeister Boege erläutert, dass zukünftig bei den Stadtwerken immense Aufwände entstehen und daher jetzt eine Stärkung des Eigenkapitals notwendig ist.

Herr Fleischer fragt, Bezug nehmend auf die Gewinn- und Verlustrechnung zum Tagesordnungspunkt 17, was unter die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (468.987,64 Euro) fällt.

Bürgermeister Boege sagt zu hierauf im Rahmen des Tagesordnungspunktes einzugehen.

Weitere Anfragen bzw. Anregungen von Einwohnerinnen und Einwohnern werden nicht gestellt.

4. Festsetzung der Tagesordnung

Ausschussmitglied Dr. Buchholz von der FDP-Fraktion beantragt die Absetzung der Tagesordnungspunkte 14 „Erlass der Haushaltssatzung 2025 - Beschlussfassung über den Stellenplan 2025“ und 15 „Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2025“. Er gibt an, dass für seine Fraktion hierzu bislang noch keine Beratung möglich war.

Bürgermeister Boege bittet darum, der Verwaltung die Chance zu geben, die Logik zum Stellenplan darzulegen.

Der Vorsitzende lässt über die Vertagung der Tagesordnungspunkte 14 „Erlass der Haushaltssatzung 2025 - Beschlussfassung über den Stellenplan 2025“ und 15 „Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2025“ abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

1	dafür
6	dagegen
/	Enthaltung(en)

Bürgermeister Boege beantragt die Ergänzung der Tagesordnung um den nicht öffentlichen Tagesordnungspunkt „Sonstige Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters“.

Der Vorsitzende lässt über die Ergänzung der Tagesordnung um den nicht öffentlichen Tagesordnungspunkt „Sonstige Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters“ abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

7	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

Ausschussmitglied Dr. Buchholz von der FDP-Fraktion beantragt im Rahmen der Dringlichkeit die Ergänzung der Tagesordnung um den Tagesordnungspunkt „Verfahren der Aufstellung eines Flächennutzungsplanes (FNP)“. Er führt hierzu aus, dass bestimmte Aussagen dazu geführt hätten, dass der Bau- und Planungsausschuss einen Beschluss aufgrund falscher Informationen gefasst habe.

Bürgermeister Boege weist daraufhin, dass eine Dringlichkeit für ihn nicht ersichtlich ist und er Bedenken habe, die Tagesordnung entsprechend zu ergänzen.

Der Vorsitzende lässt über die Ergänzung der Tagesordnung um den Tagesordnungspunkt „Verfahren der Aufstellung eines Flächennutzungsplanes (FNP)“ abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

5	dafür
2	dagegen
/	Enthaltung(en)

Die Ausschussmitglieder stimmen, mit der erforderlichen Mehrheit von 2/3 der gesetzlichen Ausschussmitglieder, der Ergänzung der Tagesordnung im Rahmen der Dringlichkeit gem. § 34 Abs. 4 Gemeindeordnung zu.

Vorsitzender Levenhagen lässt über die Nichtöffentlichkeit des Tagesordnungspunktes 20 (Sonstige Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters) abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

7	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

Der Hauptausschuss stimmt der mit Einladung vom 26.11.2024 versandten Tagesordnung zu.

Abstimmungsergebnis:

7	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. HA/10/2024 vom 18.11.2024

Einwände gegen die Niederschrift Nr. HA/10/2024 vom 18.11.2024 bestehen nicht.

6. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters

6.1. Berichte gem. § 45 c GO

6.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters

6.2.1. Allgemeiner Bericht

Herr Grindel (FBL I) stellt den allgemeinen Bericht vor. Dieser wird dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

Ausschussmitglied Dr. Buchholz von der FDP-Fraktion bittet um eine Ist-Liste zu den Personalkosten zum 30.11.2024 sowie um eine Vergleichszahl vom Vorjahr.

Es werden Verständnisfragen gestellt und beantwortet.

Die Übersicht zum Besetzungs- und Ausschreibungsverfahren wird dem Protokoll als **nicht öffentliche Anlage** beigefügt.

6.2.2. Prüfungsmitteilung des LRH - Ergebnis der Querschnittsprüfung „Stand der Einführung des kommunalen Beteiligungsmanagements nach § 109 a GO

Herr Grindel (FBL I) informiert über die Prüfungsmitteilung des Landesrechnungshofes zum Ergebnis der Querschnittsprüfung „Stand der Einführung des kommunalen Beteiligungsmanagements nach § 109 a GO“.

Die Prüfungsmitteilung des LRH - Ergebnis der Querschnittsprüfung „Stand der Einführung des kommunalen Beteiligungsmanagements nach § 109 a GO“ kann unter dem folgendem Link eingesehen werden:

https://landesrechnungshof-sh.de/file/pm1993_beteiligungsmanagement.pdf

Die Prüfungsmitteilung wurde zudem in Session (Bürgerinformationsportal) eingestellt.

6.2.3. Plakatwerbung für die Bundestagswahl

Bürgermeister Boege informiert über die zulässige Wahlwerbung für die Bundestagswahl. Der Vermerk hierzu wird dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

6.2.4. Ausschlussstatbestände der Nichtöffentlichkeit bei Beratung von Tagesordnungspunkten

Bürgermeister Boege informiert über die Ausschlussstatbestände der Nichtöffentlichkeit bei Beratung von Tagesordnungspunkten. Ein entsprechender Vermerk wird dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

6.2.5. Zwischenstand Digitalisierung

Bürgermeister Boege stellt zur Thematik „Digitalisierung“ den Zwischenstand zum Jahresende vor. Ein entsprechendes Schaubild wird dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

7. Vorbereitung der Stadtverordnetenversammlung am 16.12.2024

Bürgermeister Stukenberg stellt die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung am 16.12.2024 vor.

2024/112

8. **Gebührensatzung für die die Inanspruchnahme der Freiwilligen Feuerwehren der Stadt Ahrensburg (Feuerwehrgebührensatzung)**

Ausschussmitglied Randschau von der SPD-Fraktion findet es loblich, dass die Gebührensatzung es zum Ziel hat, Fehlanzeigen zu vermeiden.

Es werden Verständnisfragen gestellt und beantwortet.

Ausschussmitglied Egan von der WAB-Fraktion fragt, ob viele Kosten vom Verursacher auch bei der Versicherung abrechenbar sind.

Herr Dorow (Stabsstelle) erläutert, dass die Kosten im Falle einer Gefährdungshaftung in gesamter Höhe abgerechnet werden können.

Der Vorsitzende verliest den Beschlussvorschlag über den anschließend abgestimmt wird.

Beschlussvorschlag:

Die Gebührensatzung für die Inanspruchnahme der Freiwilligen Feuerwehren der Stadt Ahrensburg (Feuerwehrgebührensatzung) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

7	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

9. Kommunale Wärmeplanung Ahrensburg

Der Vorsitzende erläutert, dass der Hauptausschuss nur für die Beschlussfassung zu Punkt 4 der Vorlage zuständig ist. Die Kommunale Wärmeplanung sei bereits im Umweltausschuss vorgestellt worden.

Der Vertreter des Seniorenbeirates fragt, ob es Planungen mit anderen Gemeinden gibt bezüglich Flächen, welche an andere Gemeinden angrenzen.

Die Vertreter der Stadtwerke und Bürgermeister Boege antworten, dass diese Möglichkeit zwischenzeitlich betrachtet wurde, aber derzeit hierzu keine Planungen bestehen. Grundsätzlich sei dies nicht ausgeschlossen.

Es ergeben sich keine weiteren Wortbeiträge.

Der Vorsitzende verliest den Beschlussvorschlag zu Punkt 4 über den anschließend abgestimmt wird.

Beschlussvorschlag:

4. Die Stadtverwaltung und die Stadtwerke Ahrensburg werden beauftragt, die Wärmeversorgungsinfrastrukturen im Stadtgebiet auf der Grundlage des Kommunalen Wärmeplans gemeinschaftlich und zügig weiter zu entwickeln und die im Wärmeplan genannten flankierenden Maßnahmen zur Wärmewende zur Beschlussreife zu bringen. Dabei sind die bestehenden Fördermittelpotenziale im Rahmen ihrer Möglichkeiten auszuschöpfen. Abweichungen aufgrund der weiteren technisch-wirtschaftlichen Prüfungen und geänderter rechtlicher und energiewirtschaftlicher oder finanzieller Rahmenbedingungen sind zu begründen und abzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

7	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

10. Organisations- und Stellenangelegenheit - Einrichtung Stabsstelle Digitalisierung

Bürgermeister Boege führt aus, wie komplex das Thema „Digitalisierung“ ist. Er geht darauf ein, dass es wichtig sei die Umsetzungsphase sichtbar zu verorten und eine klare Schnittstelle für externe Beteiligte (z.B. EGovC) zu schaffen.

Er ergänzt, dass es wichtig ist den Fokus auf die Digitalisierung zu legen und diese kraftvoll voranzutreiben. Er selbst habe nunmehr die notwendigen Ressourcen um dies im Rahmen der Stabsstelle zu begleiten.

Ausschussmitglied Dr. Buchholz von der FDP-Fraktion legt seine Befürchtung zu einer „Doppelstruktur“ dar, weil nur eine Stelle in die Stabsstelle überführt wird.

Bürgermeister Boege erläutert, dass es sich bei dieser Stelle um eine Projektorganisation ohne Weisung handelt. Durch die Einrichtung der Stabsstelle Digitalisierung entfällt eine Führungsebene, aber Abstimmungen werden selbstverständlich weiterhin gegeben sein. Die Koordinierung erfolgt jedoch direkt beim Bürgermeister.

Ausschussmitglied Dr. Buchholz von der FDP-Fraktion merkt an, dass für ihn sinnvoller erscheine dort die gesamte Digitalisierung einzugliedern.

Bürgermeister Boege antwortet, dass man perspektivisch weiteres Personal anvisiert. Grundsätzlich haben die Organisation und die IT viele Verflechtungen mit der Digitalisierung. Man brauche jetzt eine zentrale Koordination und es sei jetzt nicht sinnvoll einzelne Ressourcen aus der Organisation und IT mit zu überführen.

Ausschussmitglied Randschau von der SPD-Fraktion fragt, ob die Einrichtung der Stabsstelle Digitalisierung weitergehende Auswirkungen auf den Stellenplan hat.

Bürgermeister Boege antwortet, dass dies eine Veränderung der Entgeltstufe von EG11 auf EG12 zur Folge habe. Diese Veränderung ergäbe sich automatisch durch die Positionierung in der Stabsstelle.

Ausschussmitglied Randschau von der SPD-Fraktion bittet darum, zum heutigen Zeitpunkt nicht über die Vorlage abzustimmen, weil diese stellenplanrelevant sei.

Bürgermeister Boege bittet darum, bereits zum heutigen Zeitpunkt über die Vorlage zu beschließen.

Die Ausschussmitglieder einigen sich darauf, die Beschlussfassung zu vertragen und den Tagesordnungspunkt in der Sitzung am 20.01.2025 erneut zu behandeln und zu beschließen.

Bürgervorsteher Stukenberg lobt, dass im Rahmen der Digitalisierung zunächst die Prozesse hinterfragt wurden.

Herr Grindel (FBL I) führt aus, dass diese Koordinationsstelle losgelöst sein

soll - mit einer aufgesetzten Projektstruktur.

Die Beschlussfassung wird verträgt.

2024/093

11. Aufhebung des Sperrvermerkes Stelle Nr.236/2024, Klimaschutzmanager/in

Es ergeben sich keine Wortbeiträge.

Der Vorsitzende verliest den Beschlussvorschlag über den anschließend abgestimmt wird.

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss stimmt der Aufhebung des Sperrvermerkes der Stelle Nr. 236/2024, Fachdienst Grünflächen und Klimaschutz, zu.

Abstimmungsergebnis:

5	dafür (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, CDU, WAB)
2	dagegen (SPD, FDP)
/	Enthaltung(en)

2024/100

12. Überplanmäßige Aufwendung auf PSK 11115.5271000 mit Deckungsvorschlag

Ausschussmitglied Siller von der CDU-Fraktion fragt, wie viele Mitarbeiter die Spracherkennungssoftware bereits nutzen / nutzen werden und ob diese bereits im Einsatz ist.

Herr Grindel (FBL I) führt aus, dass die Spracherkennungssoftware bereits intern getestet und für gut befunden wird. Aktuell habe man noch ein Büro für Textarbeiten und einige Mitarbeiter/innen würden noch auf Kassetten diktieren. Dies sei nicht mehr zeitgemäß.

Ausschussmitglied Randschau von der SPD-Fraktion bittet darum, zukünftig in der Vorlage besser zu erläutern, worum es geht.

Ausschussmitglied Gertz von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN hat den Sitzungsraum verlassen.

Der Vorsitzende verliest den Beschlussvorschlag über den anschließend abgestimmt wird. Die Abstimmung erfolgt ohne Ausschussmitglied Gertz von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN.

Beschlussvorschlag:

Der überplanmäßigen Aufwendung auf PSK 11115.5271000 in Höhe von 50.000 € für die Beschaffung von Mietlizenzen einer Alarmsoftware sowie für die Einführung einer Spracherkennungssoftware wird zugestimmt. Die Deckung erfolgt durch Minderauszahlungen auf PSK 11115.0800000.

Abstimmungsergebnis:

6	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

2024/069/1

13. Überprüfung möglicher Maßnahmen zur Konsolidierung des städtischen Haushalts 2025

Bürgermeister Boege gibt einen Hinweis zum Punkt 1.28.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage einvernehmlich zur Kenntnis.

14. Erlass der Haushaltssatzung 2025 - Beschlussfassung über den Stellenplan 2025

Bürgermeister Boege und Herr Grindel (FBL I) stellen den Stellenplan grundsätzlich vor und beantworten offene Fragen.

Herr Grindel (FBL I) trägt vor, dass das Personal die wichtigste Ressource sei und man gute Mitarbeiter/innen finden und binden müsse. Die Bedarfe seien insgesamt sehr geprägt durch Weisungsaufgaben und man habe die Prioritäten gefiltert wie z.B. eine zusätzliche Stelle für das Personalrecruiting.

Herr Grindel (FBL I) weist auf einen Fehler in der Vorlage auf Seite 8 zur Stellenplannummer 100 hin. Hierbei handele es sich nicht um 1,0 VZÄ, sondern um 0,78 VZÄ. Er trägt vor, dass man zusätzlich zur Aufgabenveränderung in der /1-Vorlage +0,22 SB-Stellen Verkehrsaufsicht einwirbt, damit im Ergebnis 1,0 EG 9c zur Verfügung stehen und die Stelle in Vollzeit nachbesetzt werden kann.

Herr Lentz (FBL II) erläutert, dass sich die Fallzahlen im Fachdienst Soziale Hilfen derart negativ entwickelt hätten, dass allein diese, zwei neue Stellen rechtfertigen würden. Zudem stehe die Einführung der Sozialkarten bevor, welche einen Mehraufwand bedeutet wird. Hier plant man, zunächst externe Beratungskapazitäten in Anspruch zu nehmen.

Ausschussmitglied Dr. Buchholz von der FDP-Fraktion bittet um Vergleichszahlen zu den Personalausgaben, jeweils zum Stand 30.11.2023 und 30.11.2024.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Personalausgaben zum Stichtag 30.11.2023 betragen 17.251.979,68 €.
Die Personalausgaben zum Stichtag 30.11.2024 betragen 18.801.145,44 €.

Ausschussmitglied N. Levenhagen von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN stellt eine Verständnisfrage zu den Stellenplannummern 3 und 4.

Die Ausschussmitglieder stellen Verständnisfragen im Zusammenhang mit den beantragten neuen Stellen für die Volkshochschule. Sie fragen, ob sich daraus zusätzliche Kosten für die Stadt ergeben. Zudem wird aufgrund der befristeten Förderungen nach den Möglichkeiten der „betriebsbedingten Kündigung“ gefragt, wenn z.B. die durchzuführenden BAMF-Kurse nicht mehr stattfinden würden.

Die Beantwortung der Anfrage erfolgt im nichtöffentlichen Teil der Niederschrift unter Tagesordnungspunkt 20.2.2 „Sonstige Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters – Stellenplan“.

Ausschussmitglied Dr. Buchholz von der FDP-Fraktion fragt, warum man lediglich bei den Tarifbeschäftigten die pauschale Kürzung der Personalkosten i.H.v. 10% vornimmt.

Bürgermeister Boege merkt an, dass diese pauschale Kürzung der

Personalkosten ggf. zu überplanmäßigen Ausgaben führen kann. Herr Grindel (FBL I) ergänzt, dass die Personalkosten der Beamten leichter vorherzusehen seien und die Beamten zudem auch nur 10% der Beschäftigten ausmachen.

Ausschussmitglied Dr. Buchholz von der FDP-Fraktion fragt, wie die theoretische Gesamtbelastung bei den Personalkosten für 2026 aussähe, wenn alle vorhandenen Stellen des Stellenplans, im vollen zur Verfügung stehenden Umfang, besetzt wären, ausgehend von dem Ansatz 2025 i.H.v. 24.057.200 Euro.

Anmerkung der Verwaltung:

Der Umfang würde ca. 25.000.000 € betragen.

Vorsitzender D. Levenhagen von der CDU-Fraktion fragt, warum die Stellenplannummer 96 von einer EG6 auf EG9 angehoben wurde. Herr Grindel (FBL I) erläutert, dass es aufgrund eines Stellenwechsels den Anlass zu einer neuen Stellenbewertung gab.

Der Ansatz der Personalausgaben 2024 aus der Vorlage 2023/106/2 beträgt 23.281.600€ und in der Vorlage 2024/085 beträgt der Ansatz für 2024 21.778.300€. Die Ausschussmitglieder fragen, woraus sich diese Differenz ergibt.

Anmerkung der Verwaltung:

Der Haushaltsansatz für die Personalausgaben 2024 von 23.281.600 € basiert auf der Planung, die Mitte 2023 an den Fachdienst I,1 zur Aufstellung des Haushaltsplanes übermittelt wurde. Die Stadtkämmerin hatte aus den Zahlen eine Übersicht der Personalausgaben 2024 erstellt und am 10.10.2023 an den Fachdienst I.2 übersandt. Die Zahl von 23.281.600 € ist bei den Vorlagen 2023/106/1 und 2023/106/2 leider nicht aktualisiert worden, obwohl nach den Haushaltsberatungen am 11.12.2023 und 15.01.2024 Einsparungen vorgenommen wurden. Das hätte angepasst werden müssen. Es handelt sich um rund 1,5 Millionen €, die reduziert wurden.

Weiterhin wird gefragt, wo sich der Ansatz 2025 i.H.v. 22.013.400€ in der Haushaltsplanung wiederfindet.

Anmerkung der Verwaltung:

Der Betrag von 22.013.400€ in der Vorlage zum Stellenplan umfasst die Aufwendungen, die sich aus dem Stellenplan und deren Besetzung ergeben. Sie beinhalten die Beamtenbesoldung inklusive der Beihilfen und Unterstützungen aller bewirtschafteten Produkte und das Entgelt Tarifbeschäftigte mit den Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung sowie den Beiträgen zur Versorgungskasse. Im Haushalt insgesamt kommen zu diesen Personalaufwendungen auch die neutralen Finanzmittel (z.B. Rückstellungen) hinzu, sodass die Gesamtsumme innerhalb des Haushalts höher ausfällt.

Die Ausschussmitglieder fragen zudem woran es liegt, dass die

Personalausgaben 2024 im Vergleich zu den geplanten Personalausgaben 2025 erheblich voneinander abweichen und worin die erheblichen Schwankungen / Kostensteigerungen bei den Zuführungen zu Rückstellungen etc. begründet sind.

Anmerkung der Verwaltung:

In 2025 steht eine neue Tarifrunde bevor, deren Ergebnis zurzeit vollkommen offen ist. Der Auftakttermin ist am 24.01.2025. Zudem werden reguläre Stufenveränderungen sowie bereits beantragte Stundenveränderungen zum Zeitpunkt der Planung bei der Hochrechnung berücksichtigt. Die Rückstellungen, insbesondere die Beihilferückstellungen, stellen für die Planung in jedem Jahr eine Herausforderung dar. Dabei wird rückblickend auf die Höhe der Kosten zurückliegender Jahre geschaut, um eine Kostenschätzung vornehmen zu können. Bis einschließlich 2024 ist eine tendenzielle Kostensteigerung erkennbar. In 2024 lag der Durchschnittswert der Beihilfeaufwendungen monatlich bei rd. 31.000 €, sodass für die Rückstellung eine entsprechende Entwicklung berücksichtigt wurde. Beihilfen sind eine Absicherung der Beamtinnen und Beamten in Krankheits-, Todes- oder Pflegefällen, die der Dienstherr im Rahmen der besonderen Fürsorgepflicht gegenüber Beamtinnen und Beamte übernehmen muss. Auch wenn die Beihilfe die private Vorsorge ergänzt, können die Kosten, je nach gesundheitlicher Situation der Beamtinnen und Beamten, ggf. erheblich von Jahr zu Jahr schwanken. Die Kalkulation der Kosten ist daher schwierig. Auch die Pensionsrückstellungen werden auf Basis der Entwicklung der letzten Jahre geschätzt.

Eine Beschlussfassung zum Tagesordnungspunkt wird vertagt.

2024/105

15. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2025

Ausschussmitglied Dr. Buchholz von der FDP-Fraktion merkt an, dass die Stadtverordneten gemäß § 2 Abs. 4 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung ein Anrecht auf gedruckte Exemplare der Haushaltssatzung haben. Für die FDP-Fraktion fordert er mindestens 2 Exemplare.

Er erbittet zudem einen Zeitplan zur Behandlung der Haushaltssatzung und merkt an, dass die Klausurtagung der FDP-Fraktion erst im Januar stattfindet. Bürgermeister Boege merkt an, dass er stets transparent über die Situation im Fachdienst I und I.1 informiert habe. Die Haushaltssatzung sei von der Mitarbeiterin, über das erwartbare Maß hinaus, in Nebentätigkeit aufgestellt worden. Bereits im November sei ein Haushalt vorgelegt worden, welcher die Defizite aus den letzten Jahren nicht mehr beinhaltete. Er weist darauf hin,

dass viele Dinge nicht umgesetzt werden können, sofern der städtische Haushalt erst im Februar beschlossen würde.

Ausschussmitglied Egan von der WAB-Fraktion hinterfragt die Position 11118.5271000 auf Seite 8 der Mittelanmeldungen für den Hauptausschuss. Bürgermeister Boege antwortet, dass hier die Entwicklung der Digitalisierungsstrategie inbegriffen sei.

Eine Beschlussfassung zum Tagesordnungspunkt wird vertagt.

2024/106

16. Feststellung des Jahresabschlusses der Stadtwerke Ahrensburg GmbH zum 31.12.2023

Es ergeben sich keine Wortbeiträge.

Der Vorsitzende verliest den Beschlussvorschlag über den anschließend abgestimmt wird.

Beschlussvorschlag:

Der geprüfte Jahresabschluss der Stadtwerke Ahrensburg GmbH zum 31.12.2023 wird in der vorgelegten Fassung festgestellt. Der Jahresüberschuss von 3.172.717,59 € wird auf Beschluss der Gesellschafterversammlung den Gewinnrücklagen zugeführt.

Abstimmungsergebnis:

7	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

2024/107

17. Kenntnisnahme des Jahresabschlusses der badlantic Betriebsgesellschaft mbH zum 31.12.2023

Es ergeben sich keine Wortbeiträge.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

18. Anfragen, Anregungen, Hinweise

18.1. Bericht zum Katastrophenschutz

Ausschussmitglied Siller von der CDU-Fraktion bittet für eine der nächsten Sitzungen des Hauptausschusses um einen Bericht zum Thema Katastrophenschutz, Notfallinformationspunkte sowie Katastrophenschutzplanung. Er selbst habe den Eindruck, dass hier Nachholbedarf besteht.

18.2. Vorstellung der Gesundheitsmanagerin

Ausschussmitglied N. Levenhagen von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN bittet um die Aufnahme des Tagesordnungspunktes „Vorstellung der Gesundheitsmanagerin“ für eine der nächsten Sitzungen des Hauptausschusses. Der Vorsitzende erläutert, dass dieser TOP ursprünglich bereits für die heutige Sitzung vorgesehen war und aufgrund der umfangreichen Tagesordnung heruntergenommen wurde. Der Tagesordnungspunkt wird in der Sitzung des Hauptausschusses am 20.01.2025 berücksichtigt.

Es werden keine weiteren Anfragen oder Anregungen gestellt.

19. Verfahren der Aufstellung eines Flächennutzungsplanes (FNP)

Ausschussmitglied Dr. Buchholz von der FDP-Fraktion erläutert, dass das Verfahren für Anträge zum Flächennutzungsplan (F-Plan) im Bau- und Planungsausschuss erklärt wurde und es dort hieß, dass die Berücksichtigung der Gewerbefläche im F-Plan ausgeschlossen sei.

Er habe diese Aussage überprüft und diese sei nichtzutreffend. Er führt aus, dass es die Möglichkeit eines Antrages auf Zielabweichung gibt und dieser parallel möglich sei.

Im BPA habe es entsprechend keine Mehrheiten für die Aufnahme der Gewerbefläche gegeben.

Bürgermeister Boege weist den Vorwurf der Eigeninteressen entschieden zurück. Er führt die Bemühungen der Stadtplanung aus, welche sich von vornherein und mehrfach auch beim Innenministerium dafür eingesetzt habe, die in Rede stehende Fläche als „Weißfläche“ aufzunehmen.

Ausschussmitglied Dr. Buchholz von der FDP-Fraktion merkt an, dass die Mitarbeiterin der Landesplanung, Frau Domin, ihm gegenüber am 25.11.2024 gesagt habe, dass es möglich ist, mit einem Zielabweichungsantrag die Fläche als Weißfläche in den F-Plan aufzunehmen. Hierüber sei die Verwaltung laut Frau Domin informiert worden sein. Entsprechend ergibt sich für Ausschussmitglied Dr. Buchholz eine Beschlussfassung im BPA auf falscher Informationsbasis.

Bürgermeister Boege erklärt, dass die Option des Zielabweichungsantrages erst seit dem 25.11.2024 bekannt sei.

Ausschussmitglied Dr. Buchholz von der FDP-Fraktion sagt, dass die Möglichkeit eines Zielabweichungsverfahrens dem Bauamt bekannt sein sollte. Der Zielabweichungsantrag könne parallel mit der Genehmigung beantragt werden.

Es wird gefragt, ob die Entscheidung geheilt werden kann bzw. der F-Plan erneut verabschiedet werden kann.

Bürgermeister Boege führt aus, dass eine Änderung zur Aufnahme einer weiteren Fläche bedeute, dass naturschutz- und lärmschutzrechtliche Gutachten notwendig werden würden.

Ausschussmitglied Egan von der WAB-Fraktion führt aus, dass die Fraktionen BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, CDU und WAB der Vorlage zum F-Plan im BPA zugestimmt haben. Er fragt, ob die Fraktionen bei ihrer Abstimmung bleiben wollen.

Die Fraktionsvorsitzenden signalisieren, dass sie bei ihrer Abstimmung bleiben wollen.

Ausschussmitglied Dr. Buchholz von der FDP-Fraktion trägt vor, dass man im BPA sachlich und inhaltlich falsch informiert wurde und jeder spätere Antrag zu verspäteten Einnahmen im Gewerbebereich führe.

Bürgermeister Boege geht erneut auf die intensiven Bemühungen der Bauverwaltung ein, die Weißfläche aufzunehmen, welche mehrfach vom Innenministerium abgelehnt wurden. Er habe den Hinweis zum Zielabweichungsantrag vom 25.11.2024 umgehend weitergegeben.

Der Vorsitzende beendet den öffentlichen Teil der Sitzung um 21:57 Uhr.

gez. Detlef Levenhagen
Vorsitzender

gez. Peggy Ehrig
Protokollführerin